



DAS ROTE TUCH

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

9. September 2011

ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx)

Preis: 0,50 €

Die Arbeitenden aller Länder sitzen im gleichen Boot!

Seit Juli sind weltweit die Börsen in den Keller gestürzt. Auch die 30 deutschen DAX-Konzerne haben bereits ein Fünftel ihres Wertes verloren. Und alle, die uns noch vor wenigen Monaten erzählt haben, mit der Wirtschaft gehe es dauerhaft bergauf, warnen heute vor einer neuen Banken- und Wirtschaftskrise mit katastrophalen Folgen.

Die drohende neue Krise ist durch die Art und Weise verursacht worden, wie 2008 die Krise bekämpft wurde: Alle Staaten haben damals gigantische Summen aufgebracht, um den Banken und Konzernen in der Krise ihre Profite zu erhalten. Sie haben sich dafür gigantisch verschuldet... bei eben diesen Banken!

Doch die Banken sind unersättlich. Sie saugen alle Länder über diese Staatsschulden und die dafür verlangten Zinsen immer weiter aus. Und dort, wo sie die ersten Staaten damit nahe an den Bankrott bringen, verlangen sie Garantien und Rettungsschirme, damit sie ja keinen Cent Verlust haben.

Die Regierungen gehorchen... und versuchen, das Geld dafür bei der einfachen Bevölkerung einzutreiben – mit immer heftigeren Sparplänen.

In den USA werden 2300 Milliarden Dollar ausschließlich bei der einfachen Bevölkerung eingespart. In England werden die Renten im Öffentlichen Dienst um 30% gekürzt. In Griechenland bekommen Arbeiter, die vor einem Jahr noch 1500 Euro verdienten, nur noch 900 Euro. Überall Entlassungen, Lohnkürzungen, Rentenkürzungen, höhere Preise: in Spanien, in Italien, in Portugal, in Irland...

Und wofür all dieses Leid, wofür all diese neue Armut der Bevölkerungen? Dafür, dass wir heute trotzdem am Rand der nächsten großen Krise stehen!



Quelle: www.guardian.co.uk

„Stoppt den Rentenklau!“ Englische Arbeiter streiken gegen die drastischen Sparpläne, mit denen die Arbeitenden die Krise und die Schulden der Banken bezahlen sollen.

Denn in Wahrheit kommt nie ein Land durch Einsparungen bei der Bevölkerung aus der Spirale der Verschuldung heraus. Wie denn auch? Das eingesparte Geld fließt doch direkt als Zinsen und Rettungspakete in die Tresore der Banken, und aus ihnen in die Taschen aller Konzerne und Reichen, mit deren Geld die Banken auf Staatsschulden spekulieren.

Die drastischen Sparpläne machen im Gegenteil alles noch schlimmer. Denn noch mehr Armut, noch weniger Lohn und Rente, das bedeutet auch noch weniger Kaufkraft. Man braucht nur nach Griechenland zu schauen, wo durch die drastischen Sparpläne innerhalb eines Jahres jedes 6. Geschäft schließen musste. Jeder weitere Sparplan in Griechenland oder Italien verschlimmert so die Wirtschaftskrise und trägt dazu bei, dass die betroffenen Länder immer weiter in Arbeitslosigkeit, Armut und Verschuldung versinken.

Das trifft natürlich auch die deutsche Wirtschaft, die hauptsächlich auf dem Export beruht. Industrieproduktion und Aufträge sind hier in den letzten Monaten bereits zurückgegangen.

60% der deutschen Exporte werden von den anderen EU-Ländern gekauft. Doch die können zwangsläufig immer weniger kaufen, wenn IWF, Wirtschaftsbosse und die EU unter der Führung von Merkel ihnen einen schlimmeren Sparplan nach dem anderen aufzwingen.

Und trotzdem machen sie weiter. Trotzdem verlangen sie einen Sparplan nach dem nächsten, um das Geld den reichen Spekulanten zu schenken. Denn es ist der einzige Weg, den die Kapitalisten gefunden haben, um in ihrer bankrotten Wirtschaft trotzdem ständig Profit zu machen: Sie lassen sich ihre Gewinne unter allen Umständen von den Staaten sichern, und diese plündern dafür immer heftiger die Bevölkerungen der ganzen Welt aus.

Das Schicksal der Arbeitenden aller Länder ist eng verbunden. Jeder Angriff auf die arbeitende Bevölkerung in einem Land, jeder neue Sparplan ist auch eine Bedrohung für alle anderen.

Weltweit können die Arbeitenden ihre wichtigsten Lebensinteressen nur verteidigen, wenn sie ihre eigenen Forderungen aufstellen und ihre Interessen in der Krise durchsetzen – GEGEN die Banken und Konzerne.

Die haben die Krise und die Schulden verursacht und bereichern sich sogar noch an ihnen. Sie müssen mit ihren gigantischen Milliardenvermögen für ihre Krise und ihre Schulden bezahlen – überall! Das ist unsere einzige Chance.

Libyen: Nach der Diktatur ist vor der Diktatur

Noch ist der Krieg in Libyen nicht vorbei. Doch nach dem Sturz des Diktators Gaddafi stellt sich heute die Frage: Was hat die Bevölkerung nach all dem Tod, der Zerstörung und den Bombardierungen zu erwarten?

Ein Übergangsrat aus den Führern der Rebellenarmee hat die Regierung übernommen. Das sind die Leute, die vom Westen mit Waffenlieferungen und Luftangriffen unterstützt wurden und die man uns heute als die „neue demokratische Regierung“ Libyens verkauft.

Weder Sarkozy, Merkel, noch Obama stört offensichtlich, dass dieser Rat größtenteils aus treuen ehemaligen Funktionären von Gaddafi, aus diktatorischen Stammesführern und Islamisten besteht. Der Vorsitzende dieses Rates war unter Gaddafis blutiger Diktatur Justiz(!)minister. Auch die Nr.2 des Geheimdienstes, unter Gaddafi verantwortlich für die Verfolgung und Folter, hat sich der neuen Regierung angeschlossen, mit ihm viele Generäle, Offiziere, hohe Polizeibeamte.

Die westlichen Länder können so mit ihren alten Bekannten weiterarbeiten. Das zeigen Unterlagen, die beim Einmarsch in Tripolis gefunden wurden: Die USA und Großbritannien schickten nämlich Gefangene nach Libyen, um sie von Gaddafis Geheimdienst foltern

zu lassen – und lieferten im Gegenzug dem Geheimdienst Informationen über Gaddafis Gegner.

Viel Demokratie kann sich die libysche Bevölkerung also leider nicht erhoffen, weder von der neuen Regierung, noch von den westlichen Staaten.



Libyen-Konferenz in Paris: Frankreich, Deutschland und andere prügeln sich um die Milliardenaufträge für Öl und Wiederaufbau

Worum es denen in diesem angeblichen „Kampf um die Demokratie“ wirklich ging, wurde in den letzten Wochen mehr als deutlich: Der Krieg ist noch nicht beendet, doch sie kämpfen wie Hyänen einzig darum, wer von ihnen nun den meisten Einfluss auf die künftige Regierung Libyens haben und damit die meisten Wirtschaftsverträge bekommen wird.

Es ist ein Kampf um die Beute und die ist verlockend: insbesondere die großen Ölvorkommen des Landes und die Milliarden auf Gaddafis Konten, von denen sich die Konzerne große Aufträge zum „Wiederaufbau“ versprechen.

Die Rebellenführer haben bereits bekannt gegeben, dass sie die Länder bevorzugen wollen, die sie militärisch unterstützt haben. Frankreichs Kapitalisten, die schon mit Gaddafi Milliardenverträge hatten, hoffen daher, unter den neuen Herrschern ihre Vorherrschaft über die libyschen Reichtümer noch ausbauen zu können. Auch Englands Kapitalisten hoffen auf ein großes Stück vom Kuchen.

Die Länder hingegen, die im Krieg nicht an vorderster Front waren, bangen um ihre Profite. Italiens Präsident Berlusconi hat sofort die Rebellenführer empfangen, um sie zu umschmeicheln und dabei zu bitten, „alle bestehenden Verträge mit dem italienischen Ölkonzern Eni einzuhalten“.

Und erst Deutschland! Deutschland war unter Gaddafi zweitgrößter Handelspartner von Libyen. Man belieferte das Land mit Maschinen, Chemieprodukten, Autos... Heute ärgern sie sich, dass sie eher auf den Sieg Gaddafis spekuliert und sich aus den Kampfhandlungen herausgehalten haben.

Und so kriechen alle Politiker zu Kreuze: Alle beteuern auf einmal, wie falsch es gewesen sei, dass sie sich nicht daran beteiligt hätten, die libysche Zivilbevölkerung zu bombardieren... und dass man sie doch bitte trotzdem am Kuchen beteiligen solle.

Verhütung – ein Grundrecht

Zwei Jahre lang haben Sozialarbeiterinnen in Freiburg dafür gekämpft, dass die Stadt für Frauen, die von HartzIV oder Grundsicherung leben müssen, die Pille oder andere Verhütungsmittel bezahlt. Denn es kamen immer mehr Frauen zu ihnen, die ungewollt schwanger wurden, weil sie sich die sicheren Verhütungsmittel einfach nicht leisten können.

Bis 2004 waren die Städte dazu verpflichtet, die Verhütungsmittel zu zahlen. Doch mit der Einführung von HartzIV wurde diese Verpflichtung abgeschafft. Seitdem zahlen die meisten Städte die Verhütung nicht mehr, darunter auch Essen und Oberhausen.

Im HartzIV-Satz sind Verhütungsmittel aber nicht eingeplant. Ganze 14 Euro sind im Monat für „Gesundheit“ vorgesehen, worin alle Medikamente und die Praxisgebühr enthalten sind. Die Pille aber kostet alleine schon zwischen 6 und 17 Euro pro Monat.

HartzIV spricht den Frauen damit das grundlegende Recht ab, zu entscheiden, ob und wann sie schwanger werden wollen!

In Freiburg hat man sich dieses Recht zurückerobert. Hier werden Verhütungsmittel in Zukunft wieder von der Stadt bezahlt. Ein Beispiel, dass sich durchaus fortpflanzen sollte.

Die einfache Bevölkerung Libyens wird bei all diesem Geschachere nicht gefragt. Über sie, über ihr Leben, über ihr Land wird entschieden.

Sie darf nur den Preis des Krieges bezahlen: Sie hat die hundert Toten zu beklagen, sie muss heute ohne Wasser und Strom überleben inmitten der Verwüstung, die die Luftangriffe der westlichen Truppen angerichtet haben.

Um an der Armut, Ausbeutung und Unterdrückung ihres Lebens etwas zu ändern, kann sie weder auf die neue Regierung, noch auf die westlichen Staaten vertrauen – sondern nur auf sich selber.

Arabischer Frühling in Israel

450.000 Menschen haben vergangenen Samstag in Israel gegen die explodierenden Preise demonstriert – in einem Land von nur 7,7 Millionen Einwohnern! Es sind die größten Proteste, die das Land jemals erlebt hat.

Angefangen hat alles mit einer jungen Frau, die die neueste Mieterhöhung ihrer kleinen Wohnung nicht mehr bezahlen konnte und aus Protest ihr Zelt auf einer Schicki-Micki-Straße von Tel Aviv aufschlug. Dieser kleine Anstoß reichte, um die Protestwelle auszulösen: Seitdem demonstrieren Zehntausende, ja Hunderttausende jeden Samstag.

Die Proteste richten sich gegen die explodierenden Preise von Lebensmitteln und Mieten, die in den letzten 5 Jahren in Tel Aviv um 73 Prozent gestiegen sind. Die Proteste prangern auch die explosionsartig anwachsenden Ungleichheiten an: Jeder fünfte Israeli lebt mittlerweile unter der Armutsgrenze, während auf der anderen Seite „ein Dutzend Familien ein Drittel der Wirtschaft des Landes besitzt“.

Wie in Chile, mehreren arabischen Ländern, Spanien oder Griechenland ist auch hier nun der Moment gekommen, an dem Hunderttausende diese ständigen Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen nicht länger ertragen.

In Israel freuen sich diese sozialen Proteste umso mehr, weil sie gleichzeitig den Mythos aufbrechen, dass alle Israelis, ob arm oder reich, eine Einheit bilden und gegen den äußeren Feind zusammenhalten müssen.



Jüdische und arabische Israelis gemeinsam bei Massenprotesten gegen die sozialen Ungleichheiten und die Politik der Regierung

Dieses Gefühl ist in Israel besonders ausgeprägt, weil sich der Staat hier seit seiner Gründung als belagerte Festung darstellt, umzingelt und belagert von den Palästinensern und den arabischen Nachbarländern.

In Wahrheit ist Israel eine kapitalistische Gesellschaft wie jede andere, geteilt in soziale Klassen, in eine Minderheit Reicher und eine Mehrheit Armer. Und jenseits der religiösen und kulturellen Unterschiede hat die arbeitende und arme jüdische Bevölkerung Israels wesentlich mehr gemeinsam

mit den israelischen Arabern und den Palästinensern, als mit der kleinen reichen Minderheit, die das Land regiert.

Nicht zuletzt dadurch, dass sie alle diesen endlosen Krieg ertragen und den menschlichen und wirtschaftlichen Preis hierfür bezahlen müssen. Für den fürchterlichen Krieg gegen die Palästinenser und den Bau jüdischer Siedlungen gibt der israelische Staat jedes Jahr Unsummen aus, anstatt das Geld für das Bildungssystem, für Krankenhäuser oder günstige Wohnungen zu verwenden.

Heute ist in Israel eine Massenbewegung entstanden, die ihr Vorbild in den Protesten der arabischen Länder hat. Und bei der in verschiedenen Städten jüdische und arabische Israelis gemeinsam auf die Straße gehen. In diesem Weg liegt die Hoffnung für die Zukunft.

Quelle: www.Jungwelt.de

Die beste aller Welten?

Es ist schon die 6. Landtagswahl in diesem Jahr, bei der beide Regierungsparteien, CDU und FDP, haushoch verlieren. Die CDU hatte ernsthaft gehofft, sie würde zumindest bei dieser Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern besser abschneiden. Falsch gedacht: Sie hat 100.000 Stimmen verloren.

Und auch die anderen rechten Parteien stehen schlecht da. Die FDP ist wieder mal total abgestürzt, und auch die NPD hat Stimmen verloren. Die Linke hingegen mit ihrer zentralen Forderung nach 10 Euro Mindestlohn ist nicht abgestürzt, obwohl ihr die Journalisten wie vor jeder Wahl mit neuen Schimpftiraden und Skandalen zu Leibe gerückt sind.

Es ist doch irgendwie merkwürdig. Da erzählen sie uns seit über einem Jahr, wie toll die Regierung die Krise gemeistert hätte, wie gut es uns allen mit dem angeblichen Wirtschaftswunder gehen würde, dass wir alle Arbeit finden und überhaupt in der besten aller Welten leben würden. Nur... offensichtlich sehen die Wähler das anders.

Vodafone Essen: Für den Erhalt aller Arbeitsplätze!

660 Arbeitende von Vodafone in Essen werden vor die Wahl gestellt: entweder Entlassung... oder die Auslagerung an die Firmen Tectum oder Avato. Wo sie dann arbeiten müssten und unter welchen Bedingungen, steht in den Sternen. Hintergrund ist, dass Vodafone beschlossen hat, seinen Bereich Festnetz-Technik zu schließen.

Unter den Beschäftigten wird seitdem diskutiert, dass man das nicht einfach hinnehmen darf, dass man sich wehren muss. Schließlich sind sie nicht verantwortlich für die Entscheidungen des Unternehmens, in welchen Markt-

bereich es investiert und welchen es verkauft. Und ein Konzern wie Vodafone hat problemlos das Geld und die Möglichkeiten, für alle 660 Beschäftigten in Essen weiterhin die Arbeitsplätze und Löhne zu erhalten.

Arbeitsplätze und Löhne sind die Lebensgrundlage der Arbeitenden in dieser Gesellschaft. Immer mehr wird diese von den Unternehmen bedroht, immer öfter zerstört. Jedes Mal, wenn Arbeitende, noch mit dem Rücken an der Wand, ihre Lebensgrundlage zu verteidigen versuchen, ist dies unser aller Kampf.

Arbeit und Armut... bis zum Ende?

Die Bundesregierung hat die Lösung gegen die zunehmende Altersarmut gefunden: Die Rentner sollen zusätzlich zur Rente mehr arbeiten gehen! Sie will die Gesetze ändern, damit Menschen, die ihr ganzes Leben lang malocht haben, die sich die Knochen kaputt gemacht haben und trotzdem von ihrer Rente nicht leben können, neben der Rente mehr arbeiten „dürfen“.

Die einzigen, die sich darüber freuen können, sind die Unternehmen. Sie können die Rentner als Minijobber ausbeuten, dadurch noch mehr feste Arbeitsplätze vernichten, noch mehr Arbeitslosigkeit schaffen... und damit auch die Armut im Alter noch mehr vergrößern.

Nein, die einzige Lösung der Altersarmut besteht im Gegenteil darin, die Betriebe zu zwingen, endlich wieder einzustellen, Arbeitsplätze für alle zu schaffen und zwar zu Löhnen, von denen man vernünftig leben kann. Dann hat auch jeder im Alter eine Rente, mit der er seinen verdienten Lebensabend genießen kann.

Opel-Bochum: Alles freiwillig!?!

Nein, es sind keine Entlassungen. 78 Kollegen von Opel Bochum werden einfach nach Rüsselsheim zwangsversetzt... oder sie kündigen „freiwillig“. Diese Erpressung der 78 Kollegen ist nur die letzte in einer Serie von Widerwärtigkeiten.

Anfang 2010 hat General Motors angekündigt, 1800 Arbeitsplätze in Bochum abzubauen und hatte zur Beruhigung versprochen, es gäbe „keine Entlassungen, keine betriebsbedingten Kündigungen“.

Seitdem hat Opel alles gemacht, um die Arbeiter „freiwillig“ zur Kündigung zu bewegen. Immer wieder wurden sie einzeln ins Büro gerufen, wo man ihnen vorgerechnet hat, dass sie doch besser die Abfindung nehmen und gehen sollten... sonst würden sie oh-

nehin in 1-2 Jahren entlassen. Andere wurden schon einmal „probeweise“ für einige Monate nach Rüsselsheim versetzt. Und die Firma wurde zu einem regelrechten Arbeitsamt, wo sich die Beschäftigten an „Beratungstagen“ über andere Stellenangebote und Berufsaussichten informieren sollten.

Über anderthalb Jahre hat man die 1800 Arbeiter nach und nach mürbe gemacht und zur „freiwilligen“ Kündigung gezwungen. Nur 78 fehlten ihnen am Ende noch, und die werden jetzt zwangsversetzt. So kann Opel weiter verkünden, es habe in seiner Firmengeschichte noch nie Kündigungen gegeben, sondern immer nur „sozialverträglichen Stellenabbau“... wie in Bochum.

E.ON: Die Arbeitsplätze mit den Profiten sichern!

E.ON will in einem drastischen Sparprogramm 11.000 Stellen streichen, mehr als jeden achten Arbeitsplatz! Tochterunternehmen wie die Essener Ruhrgas sollen vielleicht zerschlagen und verkauft werden. Es ist der Gipfel des Zynismus: Für 180 Millionen Euro hat E.ON gerade erst die neue Ruhrgas-Zentrale in Essen gebaut... was jetzt aus den 1800 dort Beschäftigten wird, weiß keiner von ihnen.

E.ON begründet diese massiven Einsparungen vor allem mit den hohen Kosten der „Energiewende“, die die Bundesregierung beschlossen hat. Das ist eine große Lüge. Denn mal ganz abgesehen davon, dass den

Stromkonzernen die „Energiewende“ mit jährlich mehreren Milliarden an Steuergeschenken und Subventionen versüßt wird: E.ON und die anderen drei Stromkonzerne haben vor allem in den ganzen letzten Jahren riesige Gewinne gemacht – allein im letzten Jahr waren es 22,4 Milliarden Euro.

Es gibt also keinerlei Grund, warum heute die Beschäftigten ihren Kopf für die „Energiewende“ hinhalten sollten. E.ON und die anderen Stromkonzerne haben solche riesigen Vermögen aufgehäuft, dass sie problemlos alle Arbeitsplätze und Löhne dauerhaft erhalten können... und dabei sogar noch die Strompreise senken könnten.

Was alles möglich ist...

Die so gelobte Erklärung vereinzelter Reicher, sie wären bereit, auch mal ein bisschen mehr Steuern zu zahlen, hat vielen Leuten vor allem eins klar gemacht: Dass es mittlerweile fast eine Million Millionäre in Deutschland gibt und dass die obendrein immer weniger Steuern zahlen. Man hat für sie in den letzten 15 Jahren die Vermögenssteuer abgeschafft und ihnen diverse andere Steuern gesenkt: die Erbschaftsteuer, den Spitzensteuersatz,...

Würden diese Reichen auch nur so viel Steuern zahlen wie vor 15 Jahren, wären rund 50 Milliarden Euro mehr in der Staatskasse. Stattdessen sind die Reichen immer reicher geworden.

Es ist also kein Schicksal, dass es uns immer schlechter gehen muss. Es ist eine Frage der Entscheidung, für wen der Reichtum der Gesellschaft verwendet wird: für die Kapitalisten – oder für uns.

Doch trotz der netten Auftritte im Fernsehen hat wohl keiner die Illusion, dass sie uns diesen Reichtum freiwillig, aus Nächstenliebe oder Sorge um das Allgemeinwohl geben werden. Die Arbeitenden werden sich das Geld von den Reichen holen müssen und kontrollieren, dass es endlich im Interesse der Bevölkerung eingesetzt wird. Dann kann sich unser Leben von heute auf morgen grundlegend verändern.



Quelle: www.eid-aktuell.de

E.ON hat 180 Millionen Euro für die neue Ruhrgas-Zentrale, aber kein Geld für die dort Beschäftigten???

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de
Telefon: 0157 – 76493485